

Reform ja, aber nur «soweit nötig»

Nationalrat weist Revisionsentwurf zum Versicherungsvertragsgesetz zurück

(sda) · Das Versicherungsvertragsgesetz ist über hundert Jahre alt und nach Ansicht des Bundesrats nicht mehr zeitgemäss. Mit einer Totalrevision möchte er unter anderem die Rechte der Versicherten stärken. Seine Vorschläge gehen dem Nationalrat aber zu weit.

Die grosse Kammer hat die Vorlage am Donnerstag mit 124 zu 58 Stimmen bei 9 Enthaltungen an den Bundesrat zurückgewiesen. Die Rückweisung hatte die bürgerliche Mehrheit der Wirtschaftskommission beantragt. Sie anerkannte zwar den Reformbedarf - aber nur als Teilreform und angesichts der erwarteten hohen Kosten für die Versicherungen «nur soweit nötig», wie es in der Rückweisung heisst. Die Vorlage enthielt mehr als einen Stein des Anstosses. Einer ist das 14-tägige Widerrufsrecht, das der Bundesrat den Versicherten einräumen möchte. Der Protest der Versicherungen gegen diesen Vorschlag verhallte im Nationalrat nicht ungehört.

Die grosse Kammer beauftragt den Bundesrat mit der Rückweisung, ein «angemessenes Widerrufsrecht» vorzulegen. Es sei nicht gerecht, wenn beispielsweise eine Reiseversicherung nach zwei Wochen Ferien ohne Schadenfall widerrufen werden könne, sagte Hans Kaufmann (svp., Zürich). Auch bei anderen Bestimmungen des Entwurfs muss der Bundesrat noch einmal über die Bücher, etwa bei den vorläufigen Deckungszusagen, den Verjährungsfristen, der Möglichkeit der Rückwärtsversicherung oder beim ordentlichen Kündigungsrecht. «Unnötige Eingriffe in die Vertragsfreiheit» seien dabei zu vermeiden, verlangt der Nationalrat in seinem Auftrag.

Kommissionssprecher Fulvio Pelli (fdp., Tessin) kritisierte, dass dieser Grundsatz des Schweizer Privatrechts zusehends dem Konsumentenschutz zum Opfer falle. Andere bürgerliche Redner erinnerten daran, dass das heutige Gesetz und auch der Konsumentenschutz gut funktionierten. Die total revidierte Vorlage dagegen sei so kompliziert, dass sie schon wieder konsumentenfeindlich sei. Die Vorlage sei überladen und bringe keinen zusätzlichen Nutzen für die Versicherten, sagte Ruedi Noser (fdp., Zürich).